ANTRAG AUF FÖRDERUNG EINES KOMMUNALEN INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSSES GEGEN
ÄRZTEMANGEL IN DER STADT PRENZLAU UND IHRER ORTSTEILE

Stadtverwaltung Prenzlau
Amt für Wirtschaftsförderung & Tourismus
Am Steintor 4
17291 Prenzlau

Digital mit Unterschrift einzureichen unter: wirtschaftsfoerderung@prenzlau.de

Eingangsnummer, Datum

Ich beantrage einen kommunalen Investitionskostenzuschuss:

1. Antragsteller (Vertragsarzt)

Name	
Vorname	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon (tagsüber)	
E-Mail	

2. Kontaktdaten der Praxis/ Zweigpraxis

Fachrichtung/ Arztgruppe	
Name der Praxis	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon (tagsüber)	
E-Mail	

3. Weitere Angaben zur Anlage Praxis/ Zweigpraxis

Fachrichtung/ Arztgruppe	
Praxisform	
Durchschnittsalter	
Geschlechterverteilung	
Anzahl an Beschäftigten	
Anzahl an Vollzeitstellen	

4. Kontodaten

Kreditinstitut	
Bankleitzahl	
IBAN	

5. Gegenstand und Höhe der beantragten Förderung (Nettozuschuss*) bitte entsprechend anzukreuzen

☐	Übernahme einer Praxis ein Zuschuss	bis zu 55.000 €
☐	Neugründung einer Praxis	bis zu 50.000 €
☐	Anstellung von Fachärzten bei Vertragsärzten und in zugelassenen Einrichtungen nach § 95 Abs. 1a SGB V bzw. § 311 Abs. 2 SGB V	bis zu 30.000 €
☐	Errichtung einer Praxis in Form einer Zweigpraxis	bis zu 27.500 €
☐	Weiterführung einer Praxis in Form einer Zweigpraxis	bis zu 30.000 €
☐	Förderung der Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzten, in deren Räumlichkeiten ein Vertragsarzt eine geförderte Zweigpraxis betreibt	bis zu 5.000 €

*Die Gewährung bezieht sich auf einen verlorenen Zuschuss. Es gilt "ein Antrag pro Antragsteller innerhalb der Zweckbindungsfrist".

6. Beizufügende Anlagen bitte entsprechend anzukreuzen

☐	mind. 5-jährige Tätigkeit am Vertragsarztsitz
☐	mind. 3-jährige Tätigkeit am Vertragsarztsitz bei Zweigpraxis
☐	Nachweis der Inanspruchnahme der entsprechenden Beratungsangebote der KVBB/KZVLB (u.a. Niederlassungsberatung, betriebswirtschaftlichen Beratung, Abrechnungs- und Arzneimittelberatung)
☐	Besetzung der Stelle über den gesamten Förderzeitraum von 3 Jahren und ggf. Nachweis auf Übernahmeoption
☐	Nachweis der finanziellen Aufwendungen der geplanten Übernahme, Neugründung oder Anstellung
☐	Nachweis des genehmigten Zulassungsantrages durch die KVBB/KZVLB
☐	Angabe Förderung durch Dritte: KVBB/KZVLB/Landkreis Uckermark
☐	Nachweis eines abgeschlossenen Miet- oder Kaufvertrages
☐	Gewährleistung einer ausreichenden, versorgungsbedarfsgerechten Zahl an Sprechstunden
☐	Durchführung der erforderlichen Hausbesuche (auch im Rahmen einer Zweigpraxis)
☐	Teilnahme am organisierten ärztlichen Bereitschaftsdienst
☐	Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Vertretung in Krankheits- und Urlaubsfällen sowie bei sonstiger Abwesenheit

Zusätzliche nachweise bei Praxisübernahmen oder Fortführungen als Zweigpraxis

	maximale zeitliche Differenz zwischen Beendigung der Tätigkeit des Vorgängers und Aufnahme der eigenen Tätigkeit von sechs Monaten
	Behandlungsfalldurchschnitt der Praxis vor Schließung von mind. 75% des Fachgruppendurchschnitts
	Vorlage des Kaufvertrages, bestätigt von der KVBB/KZVLB

7. Erklärungen zur geplanten Maßnahme

Ich erkläre, dass

- mir der Inhalt der Richtlinie zum kommunalen Investitionskostenzuschuss gegen Ärztemangel der Stadt Prenzlau bekannt ist.
- ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und sie durch geeignete Unterlagen belegen kann,
- mir die KVBB/KZVLB für den bei der Stadt Prenzlau beantragten Fördergegenstand keinen Zuschuss gewährt.

Mir ist bekannt, dass

- der Zeitpunkt der Beantragung vor Beginn des Vorhabens erfolgen muss und bis zum 31.8. des jeweiligen Jahres vor Beginn des neuen Haushaltsjahres beim Antrag entgegennehmenden Amt angezeigt werden musste.
- die Auszahlung erfolgt als Einmalzahlung in Höhe der beantragten Förderung im Folgemonat nach dem Abrechnungsquartal, in dem der Vertragsarzt/ Facharzt seine Praxistätigkeit durch Übernahme, Neugründung oder Anstellung aufgenommen hat.
- wird die ärztliche Tätigkeit vor Ablauf von fünf (Übernahme oder Neugründung) bzw. drei Jahren (Anstellung) beendet, ist der gewährte Investitionskostenzuschuss grundsätzlich anteilig zurückzuzahlen.
- zu Unrecht – insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Festsetzungen des Bewilligungsbescheides erhaltene Zuschüsse zurückzuzahlen sind.
- Subventionsbetrug strafbar ist.

Die Informationen zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/ Antragstellerin